



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

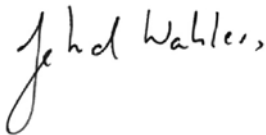
die globale Klimakonferenz Ende des vergangenen Jahres in Cancún (Mexiko) brachte erneut kein global verbindliches Abkommen zum Schutz des Klimas. Zwar wurden wichtige Grundlagen für ein globales Klimaabkommen gelegt, beispielsweise mit der Anerkennung des Zwei-Grad-Ziels. Doch ob das ausreicht, um schon bei der Klimakonferenz am Ende dieses Jahres in Durban (Südafrika) eine Einigung zu erzielen, bleibt fraglich. In Anbetracht der gefährlichen Bedrohungen eines globalen Klimawandels ist schnelles Handeln jedoch zwingend geboten.

Die zügige Umsetzung eines internationalen Klimaschutzabkommens ist dringend erforderlich. Für dessen Ausgestaltung sollten alle Beteiligten aus den Erfahrungen des Kyoto-Protokolls lernen. Im Einzelnen heißt das, alle Industrieländer in die Pflicht zur Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase zu nehmen. Dazu zählt auch die USA. Sicherlich muss man den aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen der Schwellenländer Rechnung tragen und den individuellen Charakter von Entwicklungsländern berücksichtigen. Allerdings ist nicht zu akzeptieren, dass sich Länder wie China und Indien ihrer Verantwortung entziehen wollen. China hat kürzlich erklärt, dass die Umweltverschmutzung ein gravierendes Problem für ihre zukünftige Entwicklung sei. Es bleibt zu hoffen, dass diese Einschätzung sich auch bei den zukünftigen Verhandlungen zum Klimaschutz niederschlägt. Abgeschafft werden sollten bisherige ökonomische Instrumente, die zum Klimaschutz implementiert wurden, sich aber nachweislich als ineffektiv erwiesen haben. Grundsätzlich zu begrüßen bleibt dabei aber die Nutzung von ökonomischen Instrumenten, die einen Anreiz zum freiwilligen Engagement gegen den Klimawandel setzen.

Die Europäische Union geht in Sachen Klimaschutz voran. Gerade angesichts des Taktierens und des teilweise offenen Widerstands gegen ein internationales Klimaabkommen setzt die EU damit international Maßstäbe.

Global verbindliche und einheitliche ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die den Schutz der Umwelt und des Klimas in den Vordergrund stellen, sind notwendig. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen muss die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen gefördert werden. Hieraus ergibt sich letztlich die Fähigkeit einer Gesellschaft, für zukünftige Generationen die Umwelt und das Klima zu schützen und gleichzeitig Wohlstand zu schaffen.

Der Umwelt- und Klimaschutz ist dabei nicht nur eine ordnungspolitische Herausforderung, sondern vor allem auch eine Verantwortung zur Bewahrung der Schöpfung.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive, flowing style with a large initial 'G'.

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de